

14/1994

Gespräche statt Materialschlachten

Zur Eröffnung der Kampagne „CDU im Gespräch“, die am 22. April auf dem Alexanderplatz in Berlin-Mitte für die neuen Bundesländer gestartet wurde, erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit der Auftaktveranstaltung unserer Kampagne „CDU im Gespräch“ eröffnen wir eine Gesprächsoffensive in den fünf neuen Bundesländern und Berlin. Die CDU wird mit ihren Kandidaten und Mitgliedern in den kommenden Wochen einen neuen Weg beschreiten, um viele Gesprächskontakte im Wahlkampf zu stiften.

Unser Ziel ist, von der Ostsee bis zum Erzgebirge mit rund 300.000 Menschen direkt zu sprechen. Dabei werden wir nicht nur auf die Marktplätze gehen, sondern auch in die Wohnsiedlungen — dorthin, wo unsere Wählerinnen und Wähler leben. Wir wollen Gespräche statt Materialschlachten.

Wesentlicher Bestandteil unserer Aktion ist eine flächendeckende Umfrage mit 500 Einsätzen in 400 Orten. Es werden Fragen zu Europa und zu den Sorgen der Menschen vor Ort gestellt. Nicht nur die Teams, sondern auch die Werbemittel unserer Aktion „CDU im Gespräch“ kommen aus den neuen Ländern. So bekommen alle Umfrageteilnehmer und Gesprächspartner einen Apfel aus den jungen Bundesländern.

Europa hat für die Menschen in den neuen Ländern vieles geleistet. Auf Initiative der Bundesregierung fließen von dort bis 1999 rund 34 Milliarden Mark in den Aufbau der neuen Länder. Dies werden wir vor Ort an Beispielen deutlich machen. ■

HEUTE AKTUELL

● Hannover-Messe

Kommentare: Der Konjunktursommer kommt/Verzagtheit ist out/Rückenwind für Kohl. Seite 2—3

● Beschäftigung

Arbeitslosen den Weg zurück auf den Arbeitsmarkt ebnen. Argumente zur Arbeitsmarktpolitik. Seite 4

● Wohnungsbau-förderung

Dietmar Kansy: Gewonnen haben die wohnungsuchenden Mieter. Seite 12

● Tourismus

Pauschalreisende sind jetzt geschützt. Seite 14

● Ideenbörse

„Aktion des Monats“ ist das „Forum im Garten“. Seite 46

● UiD extra

Gute Gründe für eine stabile Euro-Mark.

Entscheidung '94

mit dem Angebot der Informations- und Werbemittel für den Europa-Wahlkampf.

Kommentare

Signale aus Hannover

Eine weit vorausschauende Regie hat die größte Industriemesse der Welt in den Frühling gelegt. In Hannover ist um diese Zeit fast immer schönes Wetter, und das ist keine schlechte Voraussetzung dafür, daß sich der Optimismus Bahn bricht, der bekanntermaßen einen sehr realen Einfluß auf wirtschaftliche Fakten und Entwicklungen nimmt.

Die Welt

Der Konjunktursommer kommt

Es gibt Zeichen von neuem Wachstum. Erstens, die Unternehmer sind guter Stimmung, und Stimmung ist ein Wirtschaftsfaktor. Zweitens, im Osten Deutschlands wachsen die Einkommen stetig, und damit wächst die Kaufkraft. Drittens und am wichtigsten, das Ausland bestellt wieder Made in Germany; die Lokomotive Export zieht langsam wieder an. Fazit: Reiner Wahlkampf ist Kohls Wort vom Frühling nicht. Der Konjunktursommer kommt.

SAT 1

Verheißung aus dem Orderbuch

... auch die eher skeptischen Unternehmen und Wirtschaftsverbände zweifeln nicht mehr, daß es aufwärts geht. Die Orderbücher füllen sich mit Auslandsaufträgen. Davon können Impulse auf die Inlandsnachfrage ausgehen. Wie in früheren Konjunkturzyklen gelingt es der deutschen Wirtschaft anscheinend, sich am Zopf der Exporte aus dem Sumpf der Krise zu ziehen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Verzagtheit ist out

Die Konjunkturwende ist eingeläutet, Verzagtheit ist out. Zuversicht, das ist die Botschaft, die die deutsche Wirtschaft von der Eröffnung der Industrie-Show aussendet. Mit Kritik an der Bundesregierung geht

man im Gegensatz zu früheren Zeiten auffällig sparsam um. Kohl erhielt für seine Eröffnungsrede viel Beifall.

Das alles macht deutlich: Die Wirtschaft hat sich hinter die Bundesregierung gestellt.

Nach außen will man das zwar nicht zugeben, doch wer einen Umbau des Sozialstaates fordert, der wird ohne Zweifel von der gegenwärtigen Koalition mehr erwarten können als von einer SPD-geführten Regierung unter einem Kanzler Scharping.

Auch das ist die Botschaft von der Hannover-Messe: Die Wirtschaft setzt für die Bundestagswahl auf Kanzler Kohl; und die Konjunkturbelebung hilft der Regierung. Schwere Zeiten für Scharping.

Norddeutscher Rundfunk

Neuen Mut geschöpft

Niemand kann mehr bestreiten, daß es zumindest in Teilbereichen der deutschen Wirtschaft wieder aufwärts geht. Dies signalisierte auch DIHT-Präsident Stihl in seiner Eröffnungsrede. Die Konjunkturampel steht auf Gelb mit einem Hauch von Grün. Vor allem aus der Chemie, der Bauindustrie und der Automobilbranche kommen in jüngster Zeit wieder positive Nachrichten, die Mut machen. Opel muß beispielsweise wegen der überraschend starken Pkw-Nachfrage für einige Modelle Sonderschichten fahren. Vor wenigen Wochen konnte man daran noch nicht einmal denken. Auch vom Maschinenbau, lange Zeit eines der größten Sorgenkinder der deutschen Wirtschaft, kommen ermutigende Signale.

Während die Industrieschau an der Leine im vergangenen Jahr noch voll im Zeichen des Abschwungs stand, machen sich diesmal die Manager führender Konzerne berechnete Hoffnungen, daß das Tal der bisher längsten und schärfsten Rezession der Nachkriegszeit in vielen Branchen bereits durchschritten ist. Auf den ersten

Pressekonferenzen der Hannover-Messe standen die Manager jedenfalls nicht mehr an der Klagemauer, sondern verbreiteten teilweise schon eine erstaunliche Zuversicht. Vor allem die Exporterfolge können als Zeichen dafür gewertet werden, daß die deutsche Wirtschaft dabei ist, nach einer gewaltigen Roßkur durch den drastischen Personalabbau ein Stück Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen.

Neue Osnabrücker Zeitung

Rückenwind für Kohl

Nach den Cassandra-Rufen der vergangenen Monate bahnt sich endlich der lang ersehnte Stimmungswandel an. Die Hannover Messe — das traditionelle Konjunkturbarometer — verspricht für den Sommer den Aufschwung aus der wirtschaftlichen Talsohle. Bemerkenswert an diesem Signal ist, daß Wirtschaft, Politik und Experten die Prognose erstmals wieder einhellig treffen. Die Optimisten gewinnen langsam Oberhand. Und das ist gut so. Denn ohne ein insgesamt freundliches Klima treibt das zarte Pflänzchen Konjunktur keine Blüten. Helmut Kohl wird das Frühlinglüftchen als wohlthuenden Rückenwind empfunden haben.

Westfälische Nachrichten

Der Teig treibt

Ja, und plötzlich prasseln die guten Nachrichten von allen Seiten.

Die Inflation rutscht unter 3 Prozent. Die Wirtschaft wächst wieder — um minde-

Aufgaben erfüllt

Zu den noch verbleibenden Aufgaben der Bundesregierung im wirtschaftspolitischen Bereich erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Die Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich am 19. April intensiv mit dem Stand der Umsetzungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen und daraus noch resultierender Aufgaben für den Rest der Legislaturperiode beschäftigt. Der Bundesregierung wurde dabei bescheinigt, die gesetzten Aufgaben „über Soll“ erfüllt zu haben. Wir begrüßen insbesondere die schnelle Umsetzung zur Ratifizierung des GATT-Abschlusses und erwarten, daß das Energie-Artikelgesetz nun ebenfalls zügig verabschiedet wird.

stens 1 Prozent. Die Tarifeinkommen steigen im Schnitt um 2 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt weiter.

Das Brot ist zwar noch nicht gebacken. Aber die Hefe treibt doch mächtig.

PS: Der Bundeskanzler sagte auf der Hannover-Messe, die deutsche Wirtschaft komme „zurück an die Weltspitze“! Und keiner hat ihn ausgelacht ...

Bild

85,6 Prozent der Europäer finden Kohl sympathisch

Bundeskanzler Helmut Kohl steht bei den Bürgern der EU-Mitgliedsländer hoch im Kurs.

Nach einer Wickert-Umfrage finden 85,6 Prozent der Westeuropäer den deutschen Kanzler sympathisch.

Mit 92,2 Prozent bringt es Kohl bei den Portugiesen auf die meisten Sympathiepunkte, gefolgt von den Luxemburgern (92,2) und den Spaniern (90). Am Ende der Skala rangieren die Dänen mit 79,5 Prozent und die Italiener mit 79 Prozent.

Arbeitslosen den Weg zurück auf den Arbeitsmarkt ebnen

– Argumente zur Arbeitsmarktpolitik –

Arbeitlose haben einen Anspruch auf die Solidarität der Erwerbstätigen. Deshalb hat Arbeitsmarktpolitik für die CDU einen hohen Stellenwert. Die CDU-geführte Bundesregierung begleitet und fördert den notwendigen Strukturwandel durch eine wachstumsorientierte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Was bisher geleistet wurde:

1. Obwohl sich 1993 die Zahl der Erwerbstätigen in den alten Bundesländern auf knapp 29 Millionen verringert hat, liegt sie immer noch um rund 2,7 Millionen über dem Tiefstand des Jahres 1983 und um rund 1,3 Millionen über dem Niveau von 1989. Daß die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückgegangen ist, liegt auch am Zuzug von rund 1,1 Millionen Menschen sowie an der Zunahme der Erwerbsbereitschaft insgesamt.
2. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, heute mit fast 108 Milliarden DM mehr als dreimal so groß wie im letzten Amtsjahr der SPD-Regierung, wird durch einen solidarisch über Steuern finanzierten Bundeszuschuß in Höhe von 25 Milliarden DM (1993) gestärkt.
3. Während noch vor einem Jahrzehnt der Anteil der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik am Gesamthaushalt der Bundesanstalt für Arbeit bei lediglich 20 Prozent lag, wird 1994 jede zweite Mark zur Förderung von Arbeitsplätzen und für Qualifizierung ausgegeben. Noch nie wurde in Deutschland hierfür ein

solch enormer Betrag ausgegeben. Das ist besser, als nur Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen.

4. Durch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d. h. durch berufliche Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld, wurde der Arbeitsmarkt auch 1993 in hohem Maße stabilisiert. Im Jahresdurchschnitt lag die Entlastungswirkung für den Arbeitsmarkt bei rund 1,5 Millionen Arbeitnehmern.

5. Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wurde am 1. 9. 1993 von 18 auf 24 Monate erhöht. Damit wird der Spielraum dieses bewährten arbeitsmarktpolitischen Instrumentes voll ausgeschöpft, um der außergewöhnlichen Arbeitsmarktlage Rechnung zu tragen. Rund 700.000 Arbeitnehmer profitieren von dieser Regelung, die zunächst bis zum 31. 12. 1994 gilt. Sie hilft dem einzelnen, über eine konjunkturell schwierige Zeit zu kommen, ohne entlassen zu werden.

6. Eine gute berufliche Aus- und Weiterbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur Erhaltung und Verbesserung

Wahlkampf-Argumente



der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Allein in den alten Bundesländern hat sich die Zahl der geförderten Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung im Zehnjahreszeitraum von 1982 bis 1992 von rund 265.000 auf 570.000 mehr als verdoppelt.

7. Eine wegweisende Entscheidung für den Einsatz von produktiver Beschäftigung statt der Zahlung von Arbeitslosengeld oder -hilfe in den neuen Bundesländern wurde durch die Einführung des § 249 h AFG (Lohnkostenzuschuß Ost) zum 1. 1. 1993 getroffen. Damit konnten 1993 etwa 65.000 Stellen geschaffen werden. Dieses Instrument ist bis 1997 befristet und bietet Arbeitnehmern für drei Jahre Arbeitsplatzsicherheit sowie den Arbeitgebern Planungssicherheit. Dieses Instrument hat die CDU nun auch auf die alten Bundesländer ausgedehnt: Durch den neuen § 242 s AFG ist auch hier in strukturschwachen Gebieten eine solche Förderung bald möglich.

8. Seit dem 1. 1. 1994 hat die Bundesregierung das bisherige Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose in eine neue reguläre Leistung des Arbeitsförderungsgesetzes umgestaltet und damit einen neuen qualitativen Akzent gesetzt. Bis 1993 konnten durch diese Beschäftigungshilfe 120.000 Langzeitarbeitslose in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden.

9. Als Reaktion auf die schwierige Lage am Arbeitsmarkt baute die Bundesregierung das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes ständig aus und um: Jüngstes Beispiel ist das gerade verabschiedete „Arbeitsförderungsgesetz 1994“.

10. In den alten Bundesländern ist der Umfang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Vergleich zu 1982 erheblich gestiegen: 1982 gab es 29.000 Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen, 1992 waren es rund 78.000. Zusätzlich wurden 1992 fast 400.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern durchgeführt. Trotz angespannter Haushaltslage wurden die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch 1993 und 1994 auf sehr hohem Niveau fortgeführt.

11. 1993 konnte die dritte Lehrstellenoffensive in den neuen Ländern erfolgreich abgeschlossen werden. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze wurde um 11,7 Prozent auf 83.900 erhöht. Jungen Menschen wird wirksam geholfen.

12. Zum 1. Januar 1994 wurde das Programm des Bundesfrauenministeriums zur Wiedereingliederung der Frauen in den Beruf wieder aufgenommen.

13. In den alten Bundesländern hat sich die Zahl der Berufsrückkehrerinnen von 1984 bis 1992 von 350.000 auf 1,4 Millionen erhöht. Dies ist ein Beleg für die erfolgreiche Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und Frauenpolitik.

14. Im Frühjahr 1993 wurden die gesetzlichen Grundlagen für den Kampf gegen Schwarzarbeit erheblich verschärft. Dadurch konnte Leistungsmissbrauch in Höhe von 1,4 Milliarden DM aufgedeckt werden. 1993 wurden in 67.300 Fällen fast zwei Drittel mehr Bußgelder verhängt und Strafverfahren wegen illegaler Ausländerbeschäftigung eingeleitet als im Jahr zuvor.

Was nun noch geleistet wird:

Die CDU hat auf ihrem 5. Parteitag in Hamburg im Februar 1994 mit dem Beschluß „Für Wachstum und Beschäftigung“ eine mittel- und langfristig angelegte Strategie zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland vorgege-

ben, um die Weichen für die notwendigen Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik richtig zu stellen und so wieder mehr sicheren Arbeitsplätzen den Weg zu bereiten.

Beschäftigungsförderung

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits gehandelt und das „Beschäftigungsförderungsgesetz 1994“ (siehe Uid 13, Seite 3 bis 6) eingebracht, das der Deutsche Bundestag am 14. April 1994 verabschiedet hat. Damit werden wesentliche CDU-Forderungen umgesetzt:

- Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit wird aufgehoben,
- Lohnkostenzuschüsse werden gezielter eingesetzt,
- die Möglichkeiten für freiwillige zusätzliche Arbeitsangebote an Arbeitslose werden gefördert,
- die Selbständigkeit und die Teilzeitarbeit werden gestärkt,
- das alte Beschäftigungsförderungsgesetz, in dem unter anderem befristete Arbeitsverträge zugelassen werden, wird verlängert,

- die Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung illegaler Beschäftigung werden verbessert.

Die CDU sieht der Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht tatenlos zu. Trotz knapper Kassen wird die Arbeitsmarktpolitik ständig weiterentwickelt, um den arbeitslosen Menschen eine Perspektive zu bieten und ihnen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu ebnet.

Nachdem die Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter auf über vier Millionen gestiegen war, ist im März 1994 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen: In den alten Bundesländern waren 2,64 Millionen Menschen arbeitslos (8,5 Prozent), im Osten 1,26 Millionen (16,8 Prozent). Die saisonübliche Belebung des Arbeitsmarktes hat diesmal voll gewirkt. Die Talsohle der Arbeitslosigkeit scheint erreicht, es geht wieder langsam aufwärts. Ein Hinweis darauf ist auch der Rückgang der Kurzarbeit: Sie sank im Jahresvergleich im Westen um 56 Prozent und im Osten um 45 Prozent. Gleichzeitig werden die Konjunkturprognosen schrittweise nach oben korrigiert. Es geht voran.

Prompte Hilfe für Hochwassergebiete

Aus Anlaß eines gemeinsamen Vor-Ort-Informationsbesuchs mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl in den Hochwassergebieten Sachsen-Anhalts und Thüringens erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:

Prompte und unkonventionelle Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete ohne lähmenden Bürokratismus ermöglicht das rasche gemein-

same Handeln der Bundes- und Landesregierungen. Die 20-Millionen-Mark-Soforthilfe der Bundesregierung soll für konkrete Maßnahmen vor Ort greifen. Gewerbetreibenden in den betroffenen Regionen wird unterstützend die Möglichkeit eingeräumt, Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung sowie Überbrückungskredite aus dem Mittelstandsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau einzusetzen.

Neues Insolvenzrecht hilft Handwerkern und überschuldeten Privatpersonen

Die steigende Zahl von Konkursverfahren — zuletzt die spektakuläre Pleite des Immobilieninvestors Schneider — und die Tatsache, daß mehr als 1,5 Mio. Haushalte in Deutschland überschuldet sind, zeigen die Dringlichkeit der Reform unserer derzeit geltenden Konkursordnung.

Mit der neuen Insolvenzordnung, die am 21. April in 2. und 3. Lesung vom Parlament verabschiedet wurde, hat die Bundesregierung und haben die Koalitionsfraktionen gehandelt. Mit der Insolvenzordnung werden folgende Ziele verfolgt:

1. Es soll zukünftig erheblich mehr tatsächlich durchgeführte Insolvenzverfahren geben. Die derzeitige Praxis, daß ca. 85 Prozent der Verfahren über kurz oder lang „mangels Masse“ wieder eingestellt werden, wird sich ändern. Dazu tragen die gesicherten Gläubiger mit Beiträgen an die Insolvenzmasse bei. Auch der Staat gibt sein Privileg auf vorrangige Berücksichtigung von Steuerforderungen

auf. Insgesamt wird hierdurch erreicht, daß nicht nur die gesicherten Gläubiger — wie z. B. Banken oder Großlieferanten —, sondern auch ungesicherte Gläubiger — wie z. B. Handwerker oder Dienstleister — zukünftig eine Chance haben, auf ihre Insolvenzforderungen Zahlungen aus der Insolvenzmasse zu bekommen.

2. Sanierungsfähige Unternehmen sollen auch in der Krise der Insolvenz nach Möglichkeit ganz oder teilweise erhalten bleiben können und nicht in die Liquidation getrieben werden. Das neue Recht soll Arbeitsplätze erhalten und die oftmals unsinnige Zerschlagung von im Kern gesunden Betrieben verhindern helfen.

3. Hoffnungslos überschuldete Privatpersonen bekommen die Chance, sich außergerichtlich oder gerichtlich mit ihren Gläubigern auf eine vernünftige Schuldenregulierung zu einigen. Damit wird endlich erreicht, daß diese Menschen aus ihrem modernen „Schuldturm“ herauskommen und sich wieder in das normale Erwerbsleben eingliedern können. Das neue Gesetz sieht hierfür praktische und unkomplizierte Schritte vor, ohne ein falsches Signal in Richtung Erleichterung der Überschuldung zu geben.

Personale

Auf ihrer Sitzung am 12. April hat die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die 102 Bundestagsabgeordnete umfaßt, **Heinz-Adolf Hörsken** einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe gewählt. Als Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft tritt er damit die Nachfolge von **Heribert Scharrenbroich** an, der als Staatssekretär in das Bundesministerium für Familie und Senioren wechselte.

Wichtiges Jahrhundertgesetz

Joachim Gres, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Insolvenzrecht: Die Insolvenzordnung ist ein wichtiges Jahrhundertgesetz, das jetzt rasch in Kraft treten sollte. Die Bundesländer sind aufgefordert, im Bundesrat das Gesetz umgehend passieren zu lassen. ■

Rinderkrankheit BSE und Schweinepest:

Die Gesundheit der Verbraucher hat höchste Priorität!

Anlässlich einer Konferenz von Agrar- und Gesundheitspolitikern der CDU aus Bund und Ländern — darunter die Bundesminister Borchert und Seehofer — über aktuelle Fragen der Tierseuchenproblematik erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Für die CDU hat der Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken und der Schutz der deutschen Landwirtschaft vor Einschleppung der gefährlichen Rinderkrankheit BSE in deutsche Viehbestände absolute Priorität.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß es einen Zusammenhang zwischen Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen beim Menschen und BSE geben kann, müssen wirksame Vorkehrungen getroffen werden. Die unionsgeführte Bundesregierung hat schon zahlreiche Maßnahmen ergriffen: Verbot der Verwendung von Rinderinnereien bei der industriellen Herstellung von Babynahrung, die Verschärfung der Vorschriften bei der Herstellung von Arzneimitteln und Kosmetika, die Einführung einer Meldepflicht für die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, das Verbot der Fütterung von Wiederkäuern mit Tiermehl.

Bislang ist die Krankheit fast ausschließlich in Großbritannien aufgetreten. Es muß alles getan werden, eine Ausbreitung auf dem europäischen Kontinent zu verhindern.

Die CDU und CSU fordern daher, daß Rindfleisch und Lebendvieh aus Großbri-

tannien nur in andere EU-Länder exportiert werden dürfen, wenn die Herkunft aus Herden, in denen mindestens seit vier Jahren kein BSE-Fall aufgetreten ist, nachgewiesen ist. Die Tiere dürfen dabei nicht älter als drei Jahre sein. Dies wird auch die deutsche Position beim Agrarrat der EU kommende Woche in Brüssel sein. Das Problem duldet keinen Aufschub. Notfalls muß ein Importverbot im deutschen Alleingang durchgesetzt werden. Hierüber bestand unter den Teilnehmern der Fachkonferenz Einigkeit.

Beim Verzehr von deutschem Rindfleisch besteht keine Gefahr. Hierin liegt auch eine Chance für die deutschen Landwirte. Mit Markenfleischprogrammen und Her-

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

kunftszeichen können sie das Vertrauen in die Qualitätsprodukte der deutschen Landwirtschaft stärken.

Scharf von der Rinderkrankheit BSE zu trennen ist die Schweinepest. Hier ist eine Übertragung auf den Menschen und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen. Aber auch bei der Bekämpfung der Schweinepest müssen neue Strategien entwickelt werden. Dies haben die

Deutsche Automobilindustrie weiter auf einem Spitzenplatz in der Weltwirtschaft

Mit der Situation der deutschen Automobilindustrie hat sich in seiner letzten Sitzung der CDU-Bundesfachausschuß „Verkehr“ befaßt.

Wie der Ausschußvorsitzende Claus-Peter Grotz (Tübingen) betonte, werde die gesamte deutsche Volkswirtschaft — nach wie vor hängt jeder sechste Arbeitsplatz vom Auto ab — von der Automobilbranche maßgeblich beeinflusst. Grotz: „Das Auto ist Teil unseres Wohlstands.“ Die Innovationskraft und das ökonomische Gewicht würden die Automobilindustrie zu einer Schlüsselbranche machen. Gerade in dem Moment, wo ein Silberstreif am konjunkturellen Horizont sichtbar werde, müsse die Anstrengung um die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Schulter-schluß mit der Wirtschaft nochmals verstärkt werden.

Wie die SPD mit ihrer verschwommenen Haltung zum Tempolimit, ihrer

Absicht, den Straßenbau radikal zurückzuführen, und einem scharfen Drehen an der Steuerschraube eine vernünftige Verkehrspolitik betreiben wolle, ist nicht zu verstehen.

Mit dem integrierten Verkehrsgesamtkonzept der Verkehrsvernetzung, -verlagerung und, wo es möglich ist, -vermeidung ist die Zielrichtung der CDU indes klar: Alle Verkehrsträger müssen in einem Verbund arbeiten, damit die Vorteile eines jeden Verkehrsträgers genutzt und die Nachteile kompensiert werden können.

Grotz: „Die Schwerpunkte in der Verkehrspolitik der kommenden Legislaturperiode müssen vor allem die bessere Ausnutzung der vorhandenen Infrastruktur durch moderne Telematiksysteme und eine marktwirtschaftlich orientierte Wettbewerbsgleichheit der Verkehrsträger sein. So wird auch die deutsche Automobilbranche weiter einen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft einnehmen.“

Erfahrungen der vergangenen Monate gezeigt. Eine Rückkehr zur flächendeckenden Impfung der Viehbestände liegt nicht im Interesse der deutschen und europäischen Landwirtschaft, da damit wichtige Exportmärkte verloren gingen und die Einhaltung von Vorbeugemaßnahmen weniger ernst genommen würde. Aus diesem Grund ist der Ausbau von Vorbeugemaßnahmen vorrangig. Dazu zählen Verschärfungen der Bestimmungen der Viehverkehrsordnung, konsequente Tierkennzeichnung und wirkungsvolle Bekämpfung der Wildschweinepest sowie eine schlagkräftige Neuorganisation der Veterinärbehörden der Länder.

Die Länder sind gefordert: Sie müssen klare Konzepte für die Bekämpfung der Schweinepest entwickeln und abstimmen. Vorgeschriebene und vereinbarte Bekämpfungsmaßnahmen müssen dann — anders als durch die SPD-Landesregierung in Niedersachsen geschehen — konsequent durchgeführt werden. Die Tierseuchenbekämpfung und alle damit verbundenen Folgen sind Ländersache. Da die niedersächsische Landesregierung bisher keine Hilfsmaßnahmen für existenzgefährdete Betriebe angeboten hat, hat die unionsgeführte Bundesregierung ein Notprogramm zur Unterstützung der betroffenen Landwirte aufgelegt. ■

Weg frei für Agrarsozialreform

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben nach schwierigen Verhandlungen mit der SPD jetzt einen Kompromiß für die Agrarsozialreform erzielt, der für die Betroffenen deutliche Verbesserungen bringt.

Das Problem

Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft gibt es in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung immer weniger Beitragszahler, aber immer mehr Leistungsempfänger. Diese Entwicklung würde die Landwirte in Zukunft übermäßig belasten. Deshalb hat die CDU eine große Agrarsozialreform auf den Weg gebracht, die auch in Zukunft angemessene soziale Leistungen ermöglichen und dabei die Belastungen der Beitragszahler in Grenzen halten soll. Daneben geht es aber auch um eine eigenständige Alterssicherung für die Bäuerinnen, die durch ihre Mitarbeit im Betrieb wesentlich zur Sicherung der bäuerlichen Existenz beitragen.

Die Agrarsozialreform ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Dort hat die SPD die Mehrheit. Deshalb mußte im Vorfeld ein Konsens mit den Sozialdemokraten gesucht werden. Die CDU konnte nicht alles durchsetzen, was ursprünglich für die Bäuerinnen und Bauern gewollt war; sie konnte aber verhindern, daß die berechtigten Anliegen der Bäuerinnen und Bauern auf der Strecke blieben.

Das Ergebnis

Unser zentrales Anliegen, das geltende Sicherungssystem zukunftsfest zu machen sowie erträgliche Beiträge und gute Leistungen für die Landwirte zu garantieren, haben wir erreicht.

● Der Einheitsbeitrag in der landwirtschaftlichen Alterssicherung, der zur Zeit

291,— DM beträgt, wird künftig entsprechend dem Beitrags-/Leistungsverhältnis in der gesetzlichen Rentenversicherung festgesetzt. Zusätzlich trägt ein 20prozentiger Nachlaß den Unterschieden im Leistungsrecht beider Systeme Rechnung.

● Die Anbindung des Beitrags der Landwirte an die Entwicklung in der Rentenversicherung bedeutet gleichzeitig, daß der Bund die Defizithaftung für die Alterssicherung der Landwirte übernimmt und damit das agrarstrukturelle Risiko trägt. Die Landwirte erhalten somit die Garantie, daß ihre Beitragsbelas-

Wahlkampf-Argumente



stung nicht stärker wächst als die der Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft.

● Durch den 20prozentigen Abschlag wird die Beitragsbelastung zusätzlich mittelfristig verringert. Es wird geschätzt, daß der Einheitsbeitrag bis zum Jahre 2000 auf 347,— DM monatlich steigt und damit deutlich geringer wächst, als dies ohne Agrarsozialreform möglich wäre.

● Die CDU konnte auch durchsetzen, daß es weiterhin für kleinere und mittlere Betriebe einen Beitragszuschuß gibt. Die vorgesehene Einkommensgrenze für den Beitragszuschuß in Höhe von 40.000,— DM für Ledige und 80.000,— DM für Verheiratete konnte erhalten werden.

● Gegen den Widerstand der SPD konnte die Koalition auch erreichen, daß jetzt

eine eigenständige Rente für die Bäuerin eingeführt wird. Allerdings mußten hier Zugeständnisse gemacht werden, weil die SPD einer angemessenen Rente auch für die älteren Bäuerinnen nicht zustimmen wollte, sondern zustimmen nur bereit war, die rückwirkende Anrechnung von Ehezeiten bis zum Wert des Verheiratenzuschlags zuzulassen.

● Bäuerinnen, die die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, werden ab dem 1. Januar 1995 in der Alterssicherung der Landwirte beitragspflichtig. Sie erwerben damit für die Zukunft eigene Ansprüche auf Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten. Bäuerinnen, die am 31. Dezember 1994 verheiratet waren und die bis dahin das 50. Lebensjahr vollendet haben, werden auf Antrag von der Versicherungspflicht in der Alterssicherung der Landwirte befreit. Sind sie an diesem Stichtag jünger, können sie sich befreien lassen, wenn sie eine private Lebensversicherung

in angemessener Höhe abschließen oder aber bis zum 31. Dezember 1994 mindestens 18 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung haben.

Der Deutsche Bauernverband hat dem jetzt erzielten Kompromiß zugestimmt. Die Einigung war im Interesse der Landwirtschaft notwendig, denn andernfalls wären schnell sehr viel höhere Beiträge zur Alterskasse auf die Landwirte zugekommen. Die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP werden ihre entsprechenden Anträge im Parlament einbringen. Der Bundestag kann dann das Gesetz noch vor Pfingsten verabschieden. Der zweite Durchgang im Bundesrat ist für die erste Junihälfte vorgesehen.

Die CDU steht auf der Seite der Landwirte — auch in schwierigen Zeiten. Leider ist mit der SPD Sozialpolitik für Bäuerinnen und Bauern ein mühsames Geschäft. Die SPD hat eine weitergehende Agrarsozialreform blockiert.

Beiträge zur Familienpolitik

Ausgabe 2/94 von „Die Frau in unserer Zeit“ erschienen

Die Familienpolitik steht im Mittelpunkt der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“, die soeben erschienen ist. Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch widmet sich dem Thema: „Stellenwert und Wandel der Familie — Auffangnetz oder Reparaturbetrieb?“. „Alte Arbeitsteilung oder neue Partnerschaft“ thematisiert Elisabeth Beck-Gernsheim vom Institut für Soziologie in Hamburg. — Barbara Bertram vom Deutschen Jugendinstitut in Leipzig sieht Familie und Kinder als Lebenswert für Frauen auch in den neuen Bundesländern. Kathrin Menzel thematisiert „Lernerfolge einer Übersiede-

lung“ am Beispiel eines Familienumzugs vom östlichen in den westlichen Teil Deutschlands. — Die Väterperspektiven im Jahr der Familie erläutert Werner Sauerborn von der Initiative „Väteraufbruch“ e.V. aus Stuttgart. Die Veränderung von Familienbildern durch Alleinerziehende ist das Thema von Brigitte Vielhaus. Monika Jaeckel beschreibt „Mütterzentren — ein Modell gegen die Isolation junger Mütter“. Barbara Hille setzt sich mit der Struktur von Familienzentren in den neuen Bundesländern auseinander, und Sabine Heins schildert die Ergebnisse des Wettbewerbs „Der familienfreundliche Betrieb“.

Dietmar Kansy: Gewonnen haben die wohnungsuchenden Mieter

Anlässlich der einmütigen Zustimmung zum Wohnungsbauförderungsgesetz 94 durch den federführenden Bauausschuß des Deutschen Bundestages am 20. April erklärte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dietmar Kansy:

Die breite Zustimmung, die das Wohnungsbauförderungsgesetz 94 im Bauausschuß erfahren hat, macht Mut. Gegen mancherlei Besitzstandsdenken und eine vielerorts angesichts eines Super-Wahljahres verbreiteten Skepsis gegenüber der Handlungsfähigkeit der Parteien eint die Einsicht, im sozialen Wohnungsbau notwendige Reformschritte jetzt zu wagen, über Parteigrenzen im Bundestag und — das lassen unsere Vorgespräche mit Vertretern der Länder-Bauminister hoffen — auch im Bundesrat hinweg.

An dem Gütesiegel der Gesetzesinitiative — „ein Schritt in die richtige Richtung“ und „zu diesem Reformanstieg gibt es keine vernünftige Alternative“ — braucht auch nach den gefundenen Kompromissen nicht herumretuschiert zu werden.

Was kann, was soll dieses Gesetz, wenn es am 1. Oktober 1994 in Kraft tritt, bewirken?

- Wir schaffen für die Länder und Gemeinden neue Rahmenbedingungen, um den sozialen Wohnungsneubau kostengünstiger und an die jeweiligen Teilmarkt- und Investorenbedingungen angepaßter fördern zu können.
- Wir ermöglichen Ländern und Gemeinden eine Förderung in direkter Abhängigkeit von der Entwicklung des Mietereinkommens, was in der Regel ebenfalls zu einer Reduzierung des Subventionseinsatzes pro Wohnung führen dürfte. D. h.:

Mit gleichem Geld kann mehr gebaut werden.

- Damit gewinnen wir auch den nötigen Handlungsspielraum für eine Anhebung der Einkommensgrenzen. Ich betone ausdrücklich: Die Maßstäbe für die neuen Einkommensgrenzen beim Bezug von Sozialwohnungen bleiben in wohnungspolitischen Feldern begründet und werden nicht aus Statistiken über Lohn- und Einkommensentwicklungen hergeleitet.

- Mit der Zulassung von Bundesmitteln für den kommunalen Erwerb von Belegungsrechten, mit den höheren Einkommensgrenzen und der Möglichkeit von Freistellungen von den Einkommensgrenzen

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

zen im Interesse einer besseren Durchmischung schlägt sich das Gesetz auch im sozialen Wohnungsbestand schon nieder, dessen Reform ansonsten erklärtermaßen Aufgabenstellung für die nächste Wahlperiode ist.

- Die neuen Vorschriften über die Einkommensermittlung als Voraussetzung für einen Anspruch auf Sozialwohnungen bringen ein Stück mehr Gerechtigkeit (und mittelfristig) mehr Verwaltungsver-einfachung, zumal wenn sie in späteren Folgegesetzen auf Wohngeld und Fehlbelegungsabgabe wie geplant durchschlagend sollen.

Spürbarer Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Haushalte

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 13. April den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in Bund und Ländern 1994 beschlossen.

Ausgehend vom Tarifabschluß für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes vom 11. März 1994, sollen auch die Bezüge der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger um 2 Prozent erhöht werden. Die lineare Verbesserung soll aber gegenüber dem Arbeitnehmerbereich zeitversetzt in Kraft treten.

Die unteren Besoldungsgruppen bis zur Besoldungsgruppe A 8 erhalten die Verbesserung ab 1. Oktober 1994, die übrigen Besoldungsgruppen erst ab 1. Januar 1995.

Durch die drei- bzw. viermonatige Verschiebung der Bezügeanpassung gegenüber dem Tarifergebnis vom 11. März 1994 leisten Beamte, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger

einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Haushalte von rund 1 Milliarde DM. Mit der zeitversetzten Bezügeanpassung wird zugleich auch den Beitragsmehrbelastungen der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern Rechnung getragen.

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Besoldungs- und Versorgungsempfänger durch zeitlich verzögerte Bezügeanpassungen zu Einsparungen von rund 3 Milliarden DM beigetragen.

Wie im Arbeitnehmerbereich wird auch im Beamtenbereich die jährliche Sonderzuwendung (13. Gehalt) für 3 Jahre auf dem Stand des Jahres 1993 eingefroren.

Das Ergebnis für das Tarifgebiet Ost wird durch Anhebung des Bemessungssatzes auf 82 v. H. und 84 v. H. zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten in den neuen Bundesländern übertragen.

Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Ich will zu der von Vertretern der Bundestagsfraktionen und der ARGEBAU am 15.4. erzielten Einigung, dem Wohnungsbauförderungsgesetzesentwurf der Koalition unter bestimmten Änderungen zuzustimmen, deshalb nur noch festhalten:

● Ich habe es von Anfang an im Interesse der Wohnungspolitik für vernünftiger gehalten, wenn angesichts unterschiedlicher föderaler Interessenlagen und politischer Mehrheiten unvermeidbare Kompromisse zwischen Wohnungspolitikern gefunden werden und nicht am Ende in

einem Vermittlungsausschuß Zufallsentscheidungen fallen.

● Keiner der „Konsenssucher“ braucht sich einreden zu lassen, er hätte zu viel nachgegeben. Gewonnen aber haben wohnungsuchende Mieter und verunsicherte Wohnungsunternehmen. Ich bitte ausdrücklich die Länder, alle Länder, dieses Gesetz ebenfalls so zu bewerten und etwa zu der einkommensorientierten Förderung keine stiefmütterlichen Gefühle und taktischen oder ideologischen Vorbehalte zu entwickeln. Ich bin jedenfalls guten Mutes: Bessere Konzepte setzen sich letztlich doch durch. ■

Pauschalreisende jetzt geschützt

Zur Debatte des Gesetzentwurfs zum Schutz der Urlauber vor Reiseveranstalter-Insolvenzen am 21. April im Deutschen Bundestag erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rolf Olderog:

Hiobsbotschaften von bankrotten Reiseveranstaltern werden Urlauber ab der Wintersaison 1994/95 nicht mehr schrecken. Ein neues Pauschalreise-Gesetz schützt Pauschalreisende in Zukunft vor unliebsamen Überraschungen. Szenen wie in den Sommermonaten des vergangenen Jahres, als Urlauber nach dem Konkurs ihres Reiseveranstalters ohne Hotel und Rückflugmöglichkeit im Ausland festsaßen, wird es nach dem 31. Oktober 1994 nicht mehr geben.

Die Reisenden sind künftig im Fall von Zahlungsunfähigkeit oder Konkurs voll abgesichert. Jeder Reiseveranstalter muß entweder eine Versicherung abschließen oder die Bürgschaft einer Bank beibringen, die im Falle des Konkurses oder der Zahlungsunfähigkeit für die Rückreise der Urlauber sorgt und eingezahlte Beträge erstattet.

Die Gebühren für diese Absicherung fal-

len allerdings dem Verbraucher zu. Im Gespräch sind — wie wir meinen — sehr maßvolle Gebühren zwischen 2 bis 5 DM zum Reisepreis.

Auch die Reiseveranstalter können mit der gefundenen Lösung im wesentlichen leben, da das Parlament wichtige Forderungen der Branche berücksichtigt konnte. Insbesondere haben die Abgeordneten sich — soweit dies möglich war — um eine möglichst mittelstandsfreundliche Lösung bemüht.

Das neue Gesetz gilt für Pauschalreisen, die nach dem 1. Juli 1994 gebucht und nach dem 31. Oktober 1994 angetreten werden. Ein früherer Zeitpunkt des Inkrafttretens als nach dem 31. Oktober — etwa der 1. Juli oder der 1. September — war nicht möglich gewesen, weil das notwendige Genehmigungsverfahren beim Bundesaufsichtsamt für Versicherungswesen und die notwendigen Bonitätsprüfungen der einzelnen Reiseveranstalter Monate in Anspruch nehmen. Zudem wäre ein Wechsel mitten in der Herbstsaison für eine Reihe von Reiseveranstaltern mit größten Schwierigkeiten verbunden gewesen, bis hin zum Risiko des finanziellen Zusammenbruchs. Und dabei wären die Pauschalreisenden noch nicht einmal geschützt gewesen.

Karl-Heinz Daehre: Scharping hat keine Ahnung

Wenig fundierte Sachkenntnis der Probleme Ostdeutschlands hat der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre, dem SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping vorgeworfen. Scharping habe bei seinem Besuch in Magdeburg Probleme aufgelistet,

ohne Lösungen zu nennen, so Daehre gegenüber der „Volksstimme“. Mit der Aussage „Wer PDS wählt, wählt CDU“ verkenne Scharping, „daß gerade die SPD durch ihre Position zur Wiedervereinigung die SED-Nachfolgepartei erst hoffähig gemacht“ habe.

Deutsche EU-Präsidentschaft wird Akzente in der Umweltpolitik setzen

Anlässlich der Sitzung des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU am 22. April in Lüneburg erklärte der Vorsitzende, Kurt-Dieter Grill:

Die CDU-geführte Bundesregierung muß ihre EU-Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte entschlossen dazu nutzen, umweltpolitische Akzente in der Europäischen Union zu setzen. Dabei muß vor allem das Thema „Umwelt und Arbeit“ eine herausragende Rolle spielen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland belegt, daß ein fortschrittlicher Umweltschutz und eine besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit keine Gegensätze sind. Den im Umweltschutz noch zögernden EU-Partnern muß verdeutlicht werden, daß ein aktiver Umweltschutz vielmehr eine Chance für die Wirtschaft ist.

Durch die fortschrittliche Umweltpolitik in Deutschland sind bis heute schon rund 700.000 neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik geschaffen worden. Jetzt müssen darüber hinaus zum Aufbau einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in ganz Europa weitere Signale gesetzt werden. Hierzu zählt auch die umgehende Einführung der seit langem diskutierten EU-weiten CO₂-Energiesteuer, die zum Energiesparen anregt, neue Techniken stimuliert und damit zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Sie muß so gestaltet werden, daß sie keinen Wirtschaftsstandort in Europa überproportional belastet. Zugleich bedarf gerade der Mittelstand bei der Suche nach umweltfreundlichen Techniken und Produktionsmethoden der besonderen Unterstützung. Schnellstmöglich sollten daher europaweit Unternehmen, die umweltfreundliche Produktionsmethoden ein-

führen und sich Umweltprüfungen unterziehen, mit Steuervorteilen gefördert werden.

Um den „Müllinfarkt“ in Europa zu vermeiden und den Abfalltourismus einzuschränken, muß auch in der Abfallpolitik entschlossen gehandelt werden. Gerade hier sind anspruchsvolle europaweite Regelungen, die den bereits bestehenden deutschen Vorschriften möglichst nahekommen, ein wichtiger Garant für einheitlich hohe Umweltstandards. Die jetzt im Europaparlament diskutierte Verpackungsrichtlinie des EG-Ministerrates muß deshalb vom Parlament konsequent nachgebessert werden.

Es geht nicht an, daß die Erfolge unserer deutschen Verpackungsverordnung durch laxere EU-Standards verwässert werden. Neben den Verpackungsabfällen müssen in Zukunft auch für andere Abfallströme möglichst schnell europaweite Regelungen gefunden werden. Dazu gehört auch die Einführung einer Rücknahmeverpflichtung der Hersteller für Altprodukte.

Ein aktiver Gewässerschutz bleibt weiterhin auf der europäischen Tagesordnung. Besonders zum Schutz der Nordsee müssen weitergehende Maßnahmen getroffen werden. Die jüngsten Ereignisse belegen, daß ein noch höheres Niveau der Sicherheit bei Gefahrgütertransporten auf dem Meer angestrebt werden muß. Die Europäische Union sollte ihre Handlungsfähigkeit beweisen, indem sie auf internationaler Ebene eine führende Rolle beim Schutz der Meeresumwelt übernimmt. Im Rahmen der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) ist deshalb von der Europäischen Union eine Haftungskonvention für Umweltschäden aus dem Transport anzustreben. ■

Die Stabilität Europas durch die Erweiterung sichern

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß das Europäische Parlament die Beitrittsverträge mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen am 4. Mai ratifiziert. Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion setzt sich dafür ein, daß die notwendige Mehrheit hierfür zunächst in der EVP-Fraktion und dann im Plenum des Europäischen Parlaments erreicht wird. Dies erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, in Straßburg.

Der Beitritt dieser neuen Länder werde maßgeblich zu einer Stärkung der gesamt-europäischen Stabilität beitragen und sei deswegen in einer Zeit wachsender Instabilität für die Zukunft Europas lebensnotwendig. Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und die Probleme in Südosteuropa könnten zu einer Gefährdung für ganz Europa werden. Deswegen muß die Statik des europäischen Hauses eine ausreichende Tragfähigkeit erhalten, sagte Rinsche.

Bei den Beitrittsländern handele es sich um Länder mit einer langen und bewährten demokratischen Tradition und einer stabilen Volkswirtschaft, die einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Union leisten können. Die Beitrittsländer werden die Union in vielen Bereichen stärken. In der Umweltpolitik zum Beispiel seien sie aktive Partner, die als Mitgliedstaaten der Union wichtige Beiträge zur europaweiten Umweltpolitik leisten werden.

In den Diskussionen im Europäischen

Parlament über den Beitritt werden immer wieder die Begriffe „Erweiterung“ und „Vertiefung“ in Zusammenhang gebracht. Vertiefung bedeute dabei die Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Union und die Stärkung der Rechte des Parlamentes. Die Begriffe Erweiterung und Vertiefung stellten keine Gegensätze dar, sondern gingen Hand in Hand.

Historisch gesehen sei auf jede Erweiterung der Gemeinschaft eine Vertiefung mit einer Stärkung der demokratischen Rechte des Parlaments erfolgt. Nach der

Jede Erweiterung der Gemeinschaft war bisher auch eine Stärkung der Rechte des Parlaments.

ersten Erweiterung um Großbritannien, Irland und Dänemark wurde erstmals 1979 das Europäische Parlament direkt gewählt. Nach der Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal wurden mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dann dem Vertrag von Maastricht die Entscheidungsprozesse in der Gemeinschaft effizienter gestaltet und die Rechte des Parlaments gestärkt.

Die Regierungen der Beitrittsländer seien bereit, den Prozeß der Vertiefung der Union zu fördern und die Union weiterzuentwickeln.

Im Hinblick auf den sogenannten Kompromiß von Ioannina zur Sperrminorität im Ministerrat sagte Rinsche, daß dieser

Argumente und Engagement für Europa

Er ist einer von jenen, die sich die Einigung Europas zum Ziel gemacht haben und die an hervorragender Stelle daran arbeiten, daß dieses Ziel auch erreicht wird — Dr. Egon Klepsch, Präsident des Europäischen Parlaments.

Einblicke in dieses Engagement, in Ziel und Motivation, bietet jetzt — dreisprachig und mit zahlreichen Fotos illustriert — eine der neuen Veröffentlichungen des Moritz-Schauenburg-Verlags in Lehr:

Egon Klepsch — Reden bei den Treffen des Europäischen Rats, ausgewählte Vorträge, Erklärungen und Interviews 1992/93

Aufgenommen sind die während der Eröffnungen der Treffen des Europäischen Rats in Lissabon, Birmingham, Edinburgh, Kopenhagen und Brüssel gehaltenen Reden. Dokumentiert sind darüber hinaus z. B. die anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht gehaltene Ansprache sowie Erklärungen zu den Ergebnissen von Maastricht-Referenden und ein in Florenz gehaltener Vortrag zum Thema „Die Zeit nach Maastricht“. In seinem dritten Teil bietet das 184 Seiten umfassende Buch Interviews, die u. a. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in Le Soir, The European, Les Dernières Nouvelles und im Luxemburger Wort erschienen sind. Preis des Buches: 98 Mark.

aus der besonderen Situation während der Beitrittsverhandlungen zwar verständlich sei, aber keine Dauerlösung darstellen dürfe. Auch sollte der Zeitraum für weitere Verhandlungen im Ministerrat, wenn sich eine starke Mehrheit von 23 bis 27 gegen einen Vorschlag ausspricht, auf vier bis fünf Wochen begrenzt werden.

Ratifikation nicht vertagen

Bei einer Vertagung der Ratifikation oder einer negativen Entscheidung des Europäischen Parlaments käme der Beitritt aller Voraussicht nach nicht zustande. Dies werde schwerwiegende Folgen für Europa haben und zu einer Krise führen, die die Union lähmen und ihre Handlungsfähigkeit entscheidend beeinträchtigen könnte, warnte Rinsche: Deswegen sei es auch wichtig, daß der Termin im

Mai für die Ratifikation eingehalten werde.

Das Argument, daß dieser Zeitraum für die Entscheidung des Europäischen Parlaments zu kurz sei, sei letztlich nicht stichhaltig. Die Ausschüsse des Parlaments hätten sich bereits während der Verhandlungen intensiv mit den Fragen des Beitritts beschäftigt, so daß eine abschließende Prüfung der Verträge jetzt durchaus zügig möglich sei, insbesondere da das Parlament nicht zu den einzelnen Sachfragen Stellung nimmt, sondern die Verträge insgesamt ratifiziert.

Zukunftsweisende Entscheidung

Das Europäische Parlament müsse jetzt beweisen, daß es in einer historischen Situation in der Lage ist, eine zukunftsweisende Entscheidung zu treffen, sagte Rinsche. ■

Klare Entscheidung für Frauen

Zum 2. Gleichberechtigungsgesetz der Regierungskoalition, das am 21. April im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, erklärte die Vorsitzende des Bundesfachausschuß Frauenpolitik, die CDU-Bundestagsabgeordnete Maria Böhmer:

Gerade in einer wirtschaftlich angespannten Zeit gilt es, klare politische Antworten zu geben. Deshalb haben wir heute das Gleichberechtigungsgesetz verabschiedet und nicht morgen oder in vier Jahren. Jedes Verzögern würde bedeuten, viele Frauen in schwierigen Berufs- und Lebenssituationen allein zu lassen.

Eine zentrale frauenpolitische Erfahrung lautet: Maßnahmen der beruflichen Förderung von Frauen allein reichen nicht aus. Notwendig ist die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und zwar für Frauen und für Männer. Die Erkenntnis setzt der Gesetzentwurf um.

Derzeit werden in Wirtschaft und Verwaltung die Strukturen auf den Prüfstand gestellt. Wir nutzen die Chance und sorgen dafür, daß der Strukturwandel den Lebensvorstellungen von Frauen verstärkt Rechnung trägt.

Flexibilität, neues Denken ist angesagt. Dies gilt für Arbeitsstrukturen ebenso wie für Arbeitszeitregelungen. Wer ratlos auf der Stelle tritt, kommt nie vom Fleck! Wer aber Frauenpolitik quasi freischwebend zwischen Himmel und Erde machen will, verliert schnell den Bezug zum Boden der Tatsachen.

Die Anhörung der Expertinnen und Experten zum Gesetzentwurf war ernüchternd: Es war die Entzauberung des Traums der SPD von einem umfassenden und wirkungsvollen Gesetzentwurf mit Quoten!

Frauenförderung darf nicht isoliert

betrachtet werden. Deshalb ist die Frauenförderung im Bundesdienst als integrierter Bestandteil der Personalplanung und Personalentwicklung jeder Dienststelle ausgestaltet. Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielvorgaben und Frauenbeauftragte, die über klare Rechte und Kompetenzen verfügen, haben wir im Gleichberechtigungsgesetz festgeschrieben.

Familie und Beruf

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden erstmals grundsätzliche Rechtsansprüche für Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen und ein Benachteiligungsverbot von teiltätigen und beurlaubten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen.

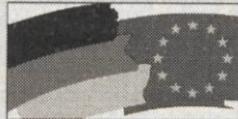
Der immer wieder gebetsmühlenartig vorgetragene Behauptung, Frauenförderungsverträge sich nicht mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und sei Luxus in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit, wird dadurch nachdrücklich entgegengesetzt.

Im Gegenteil: Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland rückt jetzt endlich in den Blick, was aus frauenpolitischer Sicht schon lange gefordert wurde: Mehr qualifizierte und sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze.

Frauen müssen heute gegen Rückschritte in Sachen Gleichberechtigung kämpfen. Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück —

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

das ist leider allzuoft die Realität. Die Auseinandersetzung ist härter geworden angesichts wachsender Verteilungsprobleme, ob es um Arbeitsplätze oder um finanzielle Mittel geht.

Ein Meilenstein

Zum Gleichberechtigungsgesetz erklärte Bundesfrauenministerin Angela Merkel:

Für Frauen und Männer wird es in Zukunft leichter, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Dafür werden verbindliche Rechtsansprüche geschaffen. Es werden Aussagen gemacht zur familienbedingten Teilzeitarbeit und zur Beurlaubung, zur Stellenausschreibung, zur familiengerechten Arbeitszeit, zur Fortbildung sowie zum Benachteiligungsverbot. Das heißt ganz konkret: Engagement für die Familie ist in Zukunft nicht mehr gleichbedeutend mit einem Abschied von Beruf und Karriere, und Teilzeitarbeit nicht mehr gleichbedeutend mit dem Verzicht auf einen Aufstieg.

Ich bin der festen Überzeugung: Dieses Gleichberechtigungsgesetz ist ein Meilenstein in der Gleichberechtigungspolitik dieses Landes. Damit erfüllen wir nicht nur die Regierungserklärung vom Januar 1991, sondern auch die Bestimmung aus dem Einigungsvertrag, der dem Gesetzgeber aufgab, die Gesetzgebung

zur Gleichberechtigung weiterzuentwickeln. Und wir machen sichtbar, was es heißt, wenn demnächst der Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes durch den Satz ergänzt wird: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Öffentlicher Dienst übernimmt Vorbildfunktion

Anlässlich der Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk:

Auch wenn noch manches an Wünschen offenbleibt, insbesondere hinsichtlich einer besseren Anerkennung des sozialen Ehrenamtes — das Gleichberechtigungsgesetz ist ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung: Die Frauenförderung wird fester Bestandteil des öffentlichen Dienstrechts. Auf Teilzeitbeschäftigung und familienbedingte Beurlaubung besteht ein grundsätzlicher Rechtsanspruch mit Benachteiligungsverbot für das berufliche Fortkommen. In öffentlichen Gremien wird künftig die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen sichergestellt. Der öffentliche Dienst übernimmt damit Vorbildfunktion für die gesamte Wirtschaft.

O-Ton-Service der JU

Der bereits angekündigte O-Ton-Service der Jungen Union ist am 21. April angelaufen. Unter der Nummer

(02 28) 54 43 97

können aktuelle Statements von JU-Vertretern zu bundespolitischen oder

bundesweit interessanten landespolitischen Themen abgerufen werden. Die Ankündigung des O-Tones geht gleichzeitig per Fax an die Nachrichtenredaktionen der Sender mit einer Reichweite von mehr als zwei Millionen Hörern; in einer zweiten Phase sollen auch kleinere Radiostationen in den Service aufgenommen werden.

Kulturförderung ist Bildungsarbeit

Die gegenwärtigen beängstigenden Erscheinungen einer Brutalisierung und Entkultivierung der Gesellschaft lassen Befürchtungen wachsen, daß die Grundlagen eines geregelten menschlichen Zusammenlebens zumindest in einigen der Industrienationen stark gefährdet sind.

Zu den Kräften, die dringend der Aktivierung bedürften, um diese Gefahren zu bannen, gehört die Kulturpolitik, gehört insbesondere auch die überregionale, gesamtstaatliche Kulturpolitik des Bun-

Von Roswitha Wisniewski

des, um die Bedeutung des Staates und der vielen Institutionen, die einen Staat tragen, für den einzelnen Menschen begreiflich zu machen.

Dies kann nicht allein durch Information, sondern nur durch organisatorische Einbindung in Erfahrungsmodelle geschehen. Wo dies durch Familie und eine intakte gesellschaftliche Umwelt mit Vereinen, Kirchen, auch Parteien nicht mehr gewährleistet ist, sind unterstützende Einrichtungen dringend notwendig.

Im Bereich der neuen Länder ist deshalb die Unterstützung von Jugendkultureinrichtungen und -veranstaltungen von höchster Bedeutung. Man kann die Bundesregierung nur ermutigen, wie bisher, womöglich noch stärker und wo immer möglich, in geeigneter Weise — auch im Rahmen der Bildungsarbeit — bei dieser Aufgabe mitzuwirken.

Längerfristig geht es um die Sicherung unserer freiheitlichen Demokratie. Deshalb bedarf es der besseren Koordination und Verzahnung von Kulturvermittlung und Bildung, ein Aufgabenfeld, das Bundestag und Bundesregierung zu ihrem besonderen Anliegen machen sollten.

Vor diesem Hintergrund muß auch die bisher erfolgreich betriebene Kulturförderung durch den Bund in den neuen Bundesländern gesehen werden.

Der Bund hat nach der Vereinigung Deutschlands die Kultur in den neuen Bundesländern beträchtlich gefördert und ist damit der in Artikel 35 Einigungsvertrag ihm übertragenen Aufgabe, kulturelle Substanz in den neuen Bundesländern zu erhalten, nachgekommen. Erst nach Stärkung ihrer eigenen Finanzen über den Fonds Deutsche Einheit 1993 und 1994 und nach Einbeziehung in den Finanzausgleich ab 1995 wird den neuen Bundesländern zugemutet, ihren Kulturbereich verstärkt in eigener Regie zu fördern.

Daher sah sich der Bund berechtigt, im Haushalt 1993 letztmalig 600 Mio. DM zur Substanzerhaltung und Förderung der kulturellen Infrastruktur und 50 Mio. DM zur Sicherung und der Erhaltung unbeweglicher Kulturdenkmäler und wertvoller historischer Bauten einzustellen. Durch die Neuordnung des Finanzausgleichs sind die Länder ab 1995 in der Lage, die Kulturförderung selbst zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund muß auch die

Lösung gesehen werden, die für 1994 für die Fortsetzung der „Übergangsfinanzierung Kultur“ gefunden werden konnte: So werden 250 Mio. DM aus dem Vermögen der DDR-Parteien zweckgebunden für kulturelle Einrichtungen und Aufgaben in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden.

Die zukünftige Kulturpolitik des Bundes hat durch den Beschluß der Kultusministerkonferenz von Anfang Dezember 1993, auch eine Kulturförderung des Bundes anzuerkennen, eine neue Grundlage erhalten. Damit ist Kulturpolitik nicht mehr allein Sache der Länder und Kommunen. Zur Erinnerung: im März 1987 hatten die Länder anlässlich der Errichtung der Kulturstiftung der Länder noch erklärt, daß der Bund außerhalb der Tätigkeit dieser Stiftung keine neuen Aktivitäten im innerstaatlichen Kulturbereich ergreifen dürfe.

Prinzipielle Neuordnung

Diese Haltung wurde durch diesen Beschluß revidiert. Es wurde anerkannt, daß im Zuge der Deutschen Einheit Bundesregierung und neue Länder gemein-

sam kulturelle Einrichtungen über die bestehenden Absprachen hinaus fördern mußten und gefördert haben. Daraus wird sich jetzt eine prinzipielle Neuordnung ergeben.

Förderungskriterien festgelegt

Die Länder haben Kriterien für kulturelle Förderungsmaßnahmen des Bundes festgelegt, die einleuchtend sind und sich von selbst verstehen: künstlerische und kulturelle Qualität, innovative kulturelle Bedeutung, Einzigartigkeit und herausragende Stellung, europäische und internationale Ausstrahlung. Diese einstimmig getroffenen Feststellungen der Länder bilden eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Bundes und für die begonnenen Gespräche zwischen Bundesregierung und Landesregierungen über die Auswahl kultureller Einrichtungen und Projekte, an deren Finanzierung sich der Bund ab 1995 beteiligen soll.

Der Bund sollte — das ist übereinstimmende Meinung des Deutschen Bundestages — diese Gestaltungsmöglichkeiten in Übereinstimmung mit den Ländern intensiv nutzen.

Frauenforum der Jungen Union

Vom 6. bis 7. Mai veranstaltet die Junge Union in der Karl-Arnold-Bildungsstätte, Venner Straße 55, 53177 Bonn, ein Frauenforum.

● Freitag 6. Mai:

19.00 Uhr: Eröffnung und Begrüßung durch Christine Arlt-Palmer, stellvertretende JU-Bundeschwefende

19.15 Uhr: „Sozialer Wandel in der Familie“, Prof. Dr. Rüdiger Peuckert, Universität Göttingen, anschl. Diskussion

● Samstag, 7. Mai:

9.00 Uhr: „Familienpolitik der CDU: Alte Zöpfe — neue Wege?“, Christine Arlt-Palmer, stellvertretende JU-Bundeschwefende

10.30 Uhr: Podiumsdiskussion „Kein Knick in der Karriere!“, Dorothea Ossenbergr-Engels, Vorstandsmittglied im Verband Deutscher Unternehmerinnen, Regina Görner, DGB, Birgit Heide, Bundesgeschwefsführerin Ev. Arbeitskreis der CDU/CSU

„Forum im Garten“: O-Ton-Service im kompletten Rundfunkstudio

Ungewöhnliche Wege hat der CDU-Kreisverband Siegen Wittgenstein mit der Einrichtung des Kommunikationszentrums „Forum im Garten“ beschritten.

Ein komplettes Rundfunkstudio mit Technikräumen steht ab sofort der CDU, aber auch Bürgergruppen und Vereinen für einen O-Ton-Service zur Verfügung, mit dem vor allem Wortbeiträge für private und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten hergestellt werden können.

Für Idee, Vorbereitung und Einrichtung dieses Forums unter dem Motto „Verantwortung für unsere Gesellschaft“ hat Generalsekretär Peter Hintze den Kreisverband mit dem ersten Preis und der Urkunde für die „Aktion des Monats“ März 1994 ausgezeichnet.

Angesichts des steigenden Kommunikations- und Informationsbedarfs in Politik

und Gesellschaft verband der Generalsekretär in seinem Brief an den Kreisvorsitzenden Paul Breuer mit der Auszeichnung den Wunsch, daß in möglichst vie-

„Aktion des Monats“

MÄRZ

len Verbänden unserer Partei solche modernen Kommunikationseinrichtungen geschaffen werden.

Der zweite Preis geht an den Landesverband Berlin für die Aktion „Berlin sagt Danke“.

Auf einem Rosinenbomber-Flugblatt bot die Berliner CDU den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre persönlichen Grüße an die alliierten Soldaten zu



Beim Ausprobieren: Uwe Haring, Chefredakteur Radio Siegen, Jutta Halbe, Radiogruppe „Schwarzwurzel“, Paul Breuer MdB, Kreisvorsitzender Siegen, Ulrich Kinkler, Radiogruppe „Schwarzwurzel“, Hans Bender, Kreisgeschäftsführer Siegen-Wittgenstein, und davor Backhaus, Radiogruppe „Schwarzwurzel“.

verfassen, die bis Sommer dieses Jahres die Stadt verlassen haben werden.

So schreiben z. B. Berta und Willi T. aus Steglitz: „Wir fühlten uns sicher. Das 12-Uhr-Läuten der Freiheitsglocke wurde für uns zum Symbol. Thank You!“

Unter den zahlreichen Antwortbriefen fanden sich auch private Fotos und alte Zeitungsausschnitte. Eine ältere Dame brachte sogar Bilder in der Landesgeschäftsstelle vorbei, die sie für die Soldaten gemalt hatte.

Der dritte Preis ging an den Ortsverband Spaichingen für die Ausrichtung eines internationalen Kinderfestes.

Nach Meinung der Auswahlkommission war der Versuch, erstmals ein solches Kinderfest mit aktiver Beteiligung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie ausländischer Vereine durchzuführen, gerade im Hinblick auf die Beispiele von Ausländerfeindlichkeit in Deutschland vorbildlich.

Auch die örtlichen Kindergärten profitierten. Ihnen nämlich kam der Erlös des Kinderfests in Höhe von 3.200 Mark zugute.

Hoch hinaus geht es offensichtlich nicht ohne Hilfe. Am Kletterbaum durften sich diejenigen Kinder, die mindestens sieben Disziplinen im Spiel-Elfkampf absolvierten, Preise angeln.



Foto: Landesbildstelle Berlin

Berlin sagt Danke! Sie kamen als Sieger. Sie wurden Freunde und Partner. Vier Jahrzehnte haben Frankreich, Großbritannien und die USA die Freiheit des westlichen Teils von Berlin verteidigt und den Frieden garantiert.



Hilfsaktion für Schulen in Estland

Zu Sachspenden für Schulen in Estland hat der Bundestagsabgeordnete Peter Harry Carstensen aufgerufen.

Carstensen, der seit einigen Jahren einen intensiven Kontakt zu Parteien und Institutionen im Baltikum und hier insbesondere in Estland aufrechterhält, hat sich bei seinem letzten Besuch in Estland auf Anregung einer Schule von der Insel Amrum um die schulische Situation und hier insbesondere um den dortigen Deutschunterricht gekümmert.

„Ich verhehle nicht, daß ich die Lehrer und Schüler bewundert habe, die mit mangelhaftem, nahezu nicht vorhandenem Unterrichtsmaterial noch so eine Begeisterung für ihren Unterricht aufbringen können. Kaum Kreide, keine Hefte, keine Stifte, kein Unterrichtsmaterial wie Tageslichtprojektor oder Leinwände, weder Landkarten noch ordentliche Bücher. Die wenigen vorhandenen Schulbücher stammen noch aus DDR-Zeiten mit entsprechendem propagandistischem Inhalt.“

„Es mangelt einfach an allem“, berichtet der Abgeordnete in einem Schreiben an den Bundeskanzler von seinem Besuch bei einer Schule in Narva.

Sein Ziel ist es, hier schnellstmöglich eine Änderung herbeizuführen. Carstensen, der schon mehrfach Hilfslieferungen in die baltischen Staaten organisierte, hat hierzu verschiedene Aktionen geplant: Beispielsweise wurden die Schulräte in Schleswig-Holstein gebeten, Sammlungen von Spielen und Jugendbüchern bei Schulen durchzu-

führen, um diese nach Osteuropa zu schicken. Geplant ist auch der Aufbau von Patenschaften zwischen estnischen und deutschen Schulen. Hersteller von Stiften und Schulheften sind angeschrieben worden, mit der Bitte, die Aktion mit Materialspenden zu unterstützen. Eingeschaltet worden sind auch der Bundeskanzler und der CDU-Generalsekretär, die die Aktion sehr begrüßen und Hilfeleistungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zugesagt haben.

Möchten auch Sie helfen?

Wenn auch Sie eine Möglichkeit sehen, einen Beitrag zur Verbesserung der schulischen Situation und insbesondere des Deutschunterrichts in Estland zu leisten, vielleicht nicht mehr gebrauchte Kinder- und Jugendbücher besitzen oder Stifte, Papier oder anderes Material etc. zur Verfügung stellen können, so melden Sie sich bitte bei:

Peter Harry Carstensen
Bundeshaus, HT 626
53113 Bonn
Telefon (0228) 167173
Fax (0228) 1686142

Für den Transport des gespendeten Materials wird gesorgt. Im Falle von Rückfragen steht Ihnen Peter Harry Carstensen natürlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Jede Spende trägt zur Verbesserung der Unterrichtssituation bei und wird von den estnischen Schülern und Lehrern mit großer Dankbarkeit und Sympathie bewertet.

Herbert Reul: CDU-Mitglieder bestimmen Spitzenkandidaten

Die nordrhein-westfälische CDU betritt Neuland: Als erster CDU-Landesverband können alle 210.000 Mitglieder bestimmen, wer die Union im kommenden Jahr in die Landtagswahl führen soll.

Zwei Bewerber stellen sich der Parteibasis: Dr. Helmut Linssen, Fraktionsvorsitzender der CDU im Düsseldorfer Landtag, und der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Norbert Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Bildungsministerium.

Tag der Abstimmung ist der 15. Mai. Die offizielle Inthronisierung findet dann auf dem Landesparteitag am 28. Mai in Aachen statt.

Diese Mitgliederbefragung ist eine große Chance für die nordrhein-westfälische CDU. Wir haben zwei hervorragende Kandidaten mit unterschiedlichen Stärken und Schwerpunkten und können jetzt demonstrieren, daß es sich lohnt, in die-

ser Partei mitzumachen. Wir zeigen mit dieser Mitgliederbefragung allen, daß es uns mit einer möglichst breiten Beteiligung aller Mitglieder ernst ist. Wir setzen auf die Basis und vertrauen auf deren Urteil.

Bei der Union in NRW laufen die Vorbereitungen inzwischen auf Hochtouren. Alle Mitglieder erhalten in diesen Tagen die Abstimmungsunterlagen per Post. Es gibt zwei Möglichkeiten für unsere Mitglieder: Erstens können sie per Brief ihr Votum an die Kreispartei zurückschicken, zweitens am 15. Mai im Wahl-Lokal ihre Stimme abgeben.

An diesem Tag werden überall in den Parteigliederungen vor Ort CDU-Veranstaltungen stattfinden. Wir stehen dann mitten im Europawahlkampf und wollen diesen Tag doppelt nutzen. Einerseits will sich die Europapartei CDU in NRW kraftvoll darstellen, andererseits geht es um eine neue politische Weichenstellung für Nordrhein-Westfalen.

Mehr Bundesaufträge im Osten vergeben

Die Auftragsvergabe des Bundes an ostdeutsche Firmen ist 1993 weiter gestiegen.

Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Reinhard Göhner, erklärte, gingen im zweiten Halbjahr 11 Milliarden DM an Bundesaufträgen nach Ostdeutschland, 23 Prozent des Gesamtvolumens. Im ersten Halbjahr waren es nur 6 Milliarden DM.

Insgesamt landeten bei den Firmen aus den neuen Bundesländern 1993

Aufträge von 17 Milliarden DM oder 20 Prozent. 1992 waren es erst 7,5 Mrd. DM. 90 Prozent der Bauaufträge des Bundes in Ostdeutschland gingen an Unternehmen vor Ort.

Nach den Worten Göhners geht es jetzt darum, dieses Niveau zu stabilisieren. Neben der Einkaufsinitiative der deutschen Wirtschaft, die 1993 für rund 35 Mrd. DM Waren in den neuen Bundesländern orderte, hält der Staatssekretär dies für einen wesentlichen Beitrag für den Aufschwung Ost.

Wolfgang Schäuble:

Rot-Grün würde die Grundlagen unseres Wohlstands gefährden

Auf der Landesvertreterversammlung der baden-württembergischen CDU am 16. April in Bad Schönborn wurde der Vorsitzende der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, von den knapp 300 Delegierten mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt.

Ihm folgen auf den Plätzen 2 bis 5 Verkehrsminister Matthias Wissmann, die Kanzleramtsminister Schmidbauer und Pfeifer sowie die Bundesschatzmeisterin Brigitte Baumeister.

Die nachfolgenden 59 Listenplätze wurden satzungsgemäß nach den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl auf die vier Bezirksverbände verteilt.

Der baden-württembergische Ministerpräsident und Landesvorsitzende Erwin Teufel vertrat auf der Vertreterversammlung nachdrücklich die Meinung, daß die Bundestagswahl im Herbst auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik entschieden werde. Nichts sei so wichtig wie die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Gerade auf diesem Gebiet habe die CDU die besseren Lösungen.

Den Anstrengungen der Bundesregierung zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschen im Lande habe die SPD „nur Steuererhöhungen und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung“ entgegenzusetzen. Da Deutschland mit den Billiglohnländern in der Welt nicht konkurrieren könne, werde es vor allem darauf ankommen, neue Arbeitsmöglichkeiten gerade

im Bereich der Hochtechnologie zu schaffen. Die baden-württembergische Landesregierung Sorge dafür bereits mit der Förderung von „Kooperation im wettbewerblichen Bereich“, mit Verbundprojekten, Biotechnik-Parks sowie mit dem Ausbau des Kernforschungszentrums in Karlsruhe zu einem Forschungszentrum für Mikrosystemtechnik.

Auch der Gentechnik werde in Deutschland noch viel zu wenig Bedeutung beigemessen. Dadurch bestünde die Gefahr, daß die Deutschen weltweit mit diesem Technikbereich so ins Hintertreffen geraten wie bereits schon mit der Chip- und Halbleiterproduktion.

In seiner Positionsbestimmung für den anstehenden Bundestagswahlkampf der Union betonte Wolfgang Schäuble vor allem die „Besinnung auf Werte“ und nannte als ein Beispiel dafür den „unverfügbaren Schutz des Lebens“, die Ablehnung jeder Freigabe von Drogen und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit allen technischen Mitteln.

Auch international müsse das Prinzip der Abschreckung wieder funktionieren. Sonst werde der Krieg im ehemaligen Jugoslawien „nicht der letzte, sondern einer von weiteren Kriegen in Europa nach dem Ende der Ost-West-Teilung sein“.

Er warnte in seiner über einstündigen Rede nachdrücklich vor den Folgen eines Regierungswechsels in Bonn zugunsten eines „Rot-Grünen-Bündnisses“. Dies wäre für die Zukunft des Landes unverantwortlich und würde die Grundlagen unseres Wohlstands gefährden und das Land weltweit in die Isolierung führen.

Rekordergebnis für Bernd Neumann

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium Bernd Neumann bleibt Vorsitzender der Bremer CDU. Beim 84. Landesparteitag wurde am letzten Wochenende mit der Wiederwahl der drei Stellvertreter (Ulrich Nölle, Michael Teiser und Elisabeth Motschmann) sowie Landesmeister Dr. Wolfgang Schrörs die bisherige CDU-Spitze bestätigt.

Diese Rückendeckung für die Führungsriege vor drei wichtigen Wahlen und der eindrucksvolle Besuch (223 von 226 Delegierten) machten die Geschlossenheit und den ungebrochenen Aufwärtstrend der Bremer CDU nachdrücklich deutlich.

Bernd Neumann, seit 1979 an der Parteispitze, wurde mit dem besten Ergebnis seiner Amtszeit (210 Stimmen) wiedergewählt. Zuvor hatte der CDU-Landeschef die Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung aufgelistet und vor einer rot-grünen Koalition gewarnt: „Das wäre ein permanentes Sicherheitsrisiko.“ Für die bevorstehenden Wahlkämpfe nannte der wiedergewählte CDU-Landeschef zwei Ziele:

- bei Europa- und Bundestagswahl mit guten Ergebnissen in Bremen dazu beitragen, daß Helmut Kohl Bundeskanzler bleibt und daß die Bremer CDU zwei Bundestagsitze behält;
- bei der Bürgerschaftswahl im Herbst 1995 stärkste Partei im Zwei-Städtestaat

werden und dann Regierungsverantwortung übernehmen. Bernd Neumann: „Ich möchte Ulrich Nölle im nächsten Jahr als Bürgermeister im Bremer Rathaus sehen.“

Der designierte CDU-Spitzenkandidat Ulrich Nölle wurde mit 217 Stimmen als stellvertretender Landesvorsitzender bestätigt. In seiner Grundsatzrede zur Landespolitik warf dieser dem amtierenden Ampel-Senat „Management by Liegenlassen“ vor. Der CDU-Vize, der auch

Bremer CDU startet Europawahlkampf auf dem 84. Landesparteitag.

Vorstandsmitglied der Sparkasse Bremen ist: „Auch Politik muß mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns betrieben werden.“ Der Senat aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sei dazu nicht in der Lage, gefährde durch seine Handlungsunfähigkeit bei allen wichtigen Themen die Sanierung und die Selbständigkeit des 2-Städte-Staates. Nach der Teilentschuldung durch rund zehn Milliarden DM aus Bonn seien Eigenleistungen Bremens unbedingt erforderlich.

Unter dem Motto „Bremens Zukunft in Europa“ startete die Bremer CDU mit dem Parteitag offiziell in den Europawahlkampf.

Durch Privatisierung den Haushalt sanieren

Zwei Milliarden DM will die Bremer CDU durch den Verkauf von Beteiligungen des Landes und seiner beiden Städte einnehmen; damit soll der Schuldenabbau vorangetrieben und sollen

Investitionen finanziert werden. Dies forderte CDU-Landesvize Ulrich Nölle bei der Präsentation eines Papierses „Privatisierung und Rationalisierung — Bremen saniert seinen Haushalt“.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

FREIHEIT IN VERANTWORTUNG



CDU
DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Bestell-Nr.: 3818

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 30,— DM

Jetzt im Versandzentrum

Was lange währt, wird endlich gut. Nach einer langen, ausführlichen und sehr guten Diskussionsphase auf allen Ebenen der Partei wurde das neue Grundsatzprogramm der CDU auf dem 5. Parteitag in Hamburg, 20. bis 23. Februar 1994, beschlossen. Dieses Programm, das die CDU auf dem Weg in das kommende Jahrtausend begleiten wird, zeigt, daß unsere Partei die veränderten Situationen, die politischen Umbrüche in Deutschland und in der Welt erkannt hat und diese Herausforderungen der kommenden Jahre annimmt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (05423) 41521

UiD

14/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.